

# Ganz falsch: Grüne Politik würde Minderheiten und der Arbeiterklasse zugutekommen

geschrieben von Andreas Demmig | 6. Februar 2024

 **DAILY CALLER NEWS FOUNDATION**

Nick Pope, Mitwirkender, 28. Januar 2024, *Daily Caller News Foundation*

Die Klimaagenda der Biden-Regierung, die Vizepräsidentin Kamala Harris kürzlich verabschiedet hat, umfasst schätzungsweise eine Billion US-Dollar an Staatsausgaben. Die Regierung behauptet, das Programm ist speziell darauf ausgelegt, die Interessen von Gemeinschaften von Minderheiten in den Vordergrund zu stellen. Gleichzeitig sollen angeblich grüne Arbeitsplätze für Arbeiter geschaffen werden, welche möglicherweise ihren Arbeitsplatz in der Industrie oder anderen emissionsintensiven Wirtschaftszweigen verlieren. Experten erklären jedoch, dass beide demografischen Gruppen letztendlich von allen Bevölkerungsgruppen den größten finanziellen Stress durch die grüne Agenda erleiden.

In den kommenden Jahrzehnten will die Regierung Biden das amerikanische Stromnetz umgestalten, die Massenproduktion und den Einsatz vergleichsweise teurer Elektrofahrzeuge vorschreiben. Die Amerikaner werden zur Verwendung effizienterer und oft teurerer Haushaltsgeräte gezwungen. Die Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen sollen bei der Ausarbeitung aktualisierter Bauvorschriften im Hinblick auf die „Dekarbonisierung“ von Gebäuden unterstützt werden. Die Regierung hat Subventionsprogramme aufgelegt oder anderweitig beträchtliche Summen an Steuergeldern ausgegeben, um jedes dieser Ziele zu erreichen, und wendet in vielen Fällen ihre sogenannten „Justice40“-Richtlinien auf ihre Umweltausgaben an.

Die „Justice40“-Initiative schreibt vor, dass Bundesbehörden sich darum bemühen, sicherzustellen, dass „40 % des Gesamtnutzens bestimmter Bundesinvestitionen an benachteiligte Gemeinschaften fließen, die marginalisiert, unterversorgt und durch Umweltverschmutzung überlastet sind“. so das Weiße Haus. Die Initiative weist die Bundesbehörden faktisch an, die Rasse in den Mittelpunkt bestimmter Klima- und Infrastrukturausgabenprogramme zu stellen, auch wenn die Regierung dies nicht explizit angibt .

Die wichtigste Säule in Bidens Klimaagenda ist der Inflation Reduction Act (IRA), der im August 2022 in Kraft trat. An dem Tag, an dem der Gesetzentwurf in Kraft trat, versprach das Weiße Haus, dass der IRA „die Energiekosten für schwarze Familien senken und neue Energie schaffen

wird. Es werden tausende von guten Arbeitsplätzen geschaffen und das alles bei gleichzeitiger Reduzierung der Klimaverschmutzung und Gewährleistung einer sauberen und sicheren Energieversorgung der Zukunft.“

„Viel zu lange wurden Gemeinden, die die Hauptlast der Kraftwerks- und Industrieverschmutzung tragen, außen vor gelassen und zurückgelassen“, sagte John Podesta, der leitende Berater des Präsidenten für Innovation und Umsetzung sauberer Energie, im November 2023. „Der Inflation Reduction Act und die Justice40-Initiative von Präsident Biden ändern das, indem sie benachteiligten Gemeinden neue Investitionen, saubere Energie und gut bezahlte Arbeitsplätze bringen.“

Aber Donna Jackson, die Direktorin für Mitglieder des schwarzen Führungsnetzwerks Project 21 des National Center, ist nicht davon überzeugt, dass die Ausgaben und der Schwerpunkt der Regierung auf „Umweltgerechtigkeit“ tatsächlich irgendeinen Unterschied für die Bevölkerungsgruppe machen werden, auf die solche Initiativen angeblich abzielen:

„Eine der obersten Prioritäten für schwarze Gemeinden ist der Besitz von Eigenheimen. Umweltpolitische Maßnahmen verteuern die Kosten für den Bau von Häusern. Die Materialien werden ständig teurer und die Umweltauflagen verursachen zusätzliche Kosten, was alles zu höheren Immobilienpreisen beiträgt. Neue und bezahlbare Wohnbauprojekte werden aufgrund von Umweltproblemen häufig entweder verzögert oder ganz storniert, was wiederum zur Wohnungsknappheit verschärft, was dann auch die Immobilienpreise weiter in die Höhe treibt... Für Gemeinden mit niedrigeren Bildungsquoten und Minderheiten, ist die grüne Agenda zur Deindustrialisierung des Landes eine finanzielle Katastrophe.“

Beispielsweise versucht die Environmental Protection Agency (EPA – Umweltbehörde), die Luftqualitätsstandards für Feinstaub zu aktualisieren, ein Schritt, vor dem Führungskräfte aus der Industrie im November 2023 gewarnt hatten. Die Umsetzung und Durchsetzung vernichtet Arbeitsplätze und schwächt Amerikas Industriekapazitäten.

„Wir werden gute Arbeitsplätze für Millionen Amerikaner schaffen ... und wir werden alles tun, um den verheerenden Auswirkungen des Klimawandels standzuhalten und Umweltgerechtigkeit zu fördern“, sagte Biden während der Rede zur Lage der Nation 2022.

Abgesehen von den Kosten für den Kauf eines Eigenheims werden die Bemühungen der Verwaltung zur Effizienzsteigerung von Haushaltsgeräten auch die alltäglichen Lebenshaltungskosten in einem Eigenheim verteuern, sagte OH Skinner, der Geschäftsführer der Alliance for Consumers, gegenüber DCNF. Seine Organisation hat errechnet, dass die von der Biden-Regierung erlassene Flut an gerätebezogenen Vorschriften

amerikanische Hausbesitzer mindestens 9.000 US-Dollar mehr kosten könnte:

*„In Städten, in denen es wirklich schwer ist, die Miete zu zahlen, ist es brutal, wenn man die Stromrechnungen in die Höhe treibt. Wenn man die Kosten für die Installation von Geräten in die Höhe treibt, ist das noch schlimmer. Für Menschen, die kurz davor stehen, ein Haus zu erwerben, verschlingt diese Politik ihre Budgets, ohne ihnen eine Wahl zu lassen. Diese Maßnahmen treffen Familien viel härter und sind sehr schmerzhaft für Menschen, die es nicht ausgleichen können, wenn ihr Leben noch teurer wird, als es durch die Inflation ohnehin schon ist.“*

Neben einer stabilen und gut bezahlten Beschäftigung ist Wohneigentum ein Grundpfeiler des „amerikanischen Traums“ und ein wichtiges Instrument für die sozioökonomische Mobilität zwischen den Generationen. Bei den Eigenheimbesitzern machte das Eigenkapital im Jahr 2021 im Durchschnitt 45 % ihres Nettovermögens aus.

Im Jahr 2022 betrug das mittlere Haushaltseinkommen für Afroamerikaner etwa 52.800 US-Dollar und für hispanische Haushalte 62.800 US-Dollar, verglichen mit 81.000 US-Dollar für weiße Haushalte, so die Peter G. Peterson Foundation. Im Juni 2023 kontrollierten die oberen 10 % der amerikanischen Haushalte etwa 70 % des gesamten Haushaltsvermögens, während die unteren 50 % nur 2,5 % des gesamten Haushaltsvermögens des Landes besaßen.

*„Höhere Energiekosten sind eine regressive Steuer für die am wenigsten Wohlhabenden und schaden ihnen unverhältnismäßig ... Indem Energie teurer und weniger zuverlässig gemacht wird, werden die wirtschaftlichen Möglichkeiten für die am wenigsten Wohlhabenden in der Gesellschaft verringert“, sagt Jonathan Lesser, außerordentlicher Wissenschaftler am Manhattan Institute und Präsident von Continental Economics. „Der beste Ansatz zur Förderung verbesserter wirtschaftlicher Bedingungen für einkommensschwache Einwohner (jeder Hautfarbe) besteht darin, eine erschwingliche, zuverlässige und reichliche Energieversorgung sicherzustellen. Dadurch wird eine solide Grundlage für Wirtschaftswachstum, steigende Löhne usw. geschaffen.“*

*„Ich vermute, dass die Mitglieder vieler Umweltgruppen fast ausschließlich aus wohlhabenden Progressiven und wenigen Minderheiten bestehen“, so Lesser weiter. „Ich glaube nicht, dass es bei der grünen Politik darum geht, das Leben der marginalisierten Gemeinschaften zu verbessern. Es geht um mehr Macht und mehr Geld für die Eliten“.*

Das Weiße Haus reagierte nicht sofort auf eine Bitte um Stellungnahme.



Demmig, – auch eine grüne Lüge

*All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact [licensing@dailycallernewsfoundation.org](mailto:licensing@dailycallernewsfoundation.org).*

<https://dailycaller.com/2024/01/28/greens-claim-policies-benefit-minorities-working-class-experts-dead-wrong/>

Übersetzt durch Andreas Demmig